

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/151

Bad Godesberg, den 10. August 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 Gleichheit vor dem Gesetz 36

Auch unehelich geborene Kinder haben Anspruch auf Gerechtigkeit

2 - 3 "Entwicklungsmöglichkeiten nicht ausgenutzt" (II und Schluß) 73

"Zunehmende Vergreisung der Bevölkerung"

Von Klaus Rusticus, Hannover

4 Atomkraftwerke in der Bundesrepublik 39

Neue Anlagen im Norden

5 - 6 Zigeuner in der Tschechoslowakei 64

Prag macht sich Sorgen über "unbewältigte Vergangenheit"

Von Igor Valentin, Prag

* * *

Gleichheit vor dem Gesetz

Auch unehelich geborene Kinder haben Anspruch auf Gerechtigkeit

sp - Seit Verabschiedung des Grundgesetzes im Jahre 1949 hat es keine der bisherigen Bundesregierungen fertig gebracht, den Gesetzgebungsauftrag zur Reform der Rechtsstellung unehelicher Kinder dem Parlament vorzulegen. Ansätze hierzu scheiterten immer wieder an unüberbrückbaren Gegensätzen innerhalb der CDU/CSU.

Jetzt endlich hat Dr. Dr. Gustav Heinemann (SPD), Bundesminister der Justiz, dem Kabinett einen Gesetzentwurf zuleiten wollen, der in einigen bedeutsamen Punkten wesentliche Verbesserungen gegenüber einem früheren Referentenentwurf für die Rechtsstellung unehelich geborener Kinder und ihrer Mütter enthält. Ursprünglich sollte dieser Gesetzentwurf vom Kabinett in der heutigen Sitzung beraten werden. Die vorgesehene Beratung wurde jedoch von der Tagesordnung abgesetzt, weil das Bundesfamilienministerium in letzter Minute Bedenken angemeldet haben soll. So lautet jedenfalls die offizielle Version.

Kun hört man, daß nicht die Experten des Ministeriums Einspruch erhoben haben, sondern der Familienminister, der - wie es heißt - mehr Zeit zum Studium der Gesetzesvorlage benötige.

Von sozialdemokratischer Seite hat die Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses, A n n e M a r t i e R e n g e r, den Gesetzentwurf bereits begrüßt und mit Recht darauf verwiesen, daß die Bundesregierung so schnell wie möglich den Entwurf beraten und verabschieden müsse, "damit der seit fast zwei Jahrzehnten unerfüllte Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes (Artikel 6 Abs. 5) endlich erfüllt wird".

Es gehört zu den fundamentalen Grundsätzen eines demokratischen Staates, daß jeder Bürger vor dem Gesetz gleich ist. Dies bezieht sich nicht nur auf die Religion oder Rasse eines Bürgers, sondern auch auf seine Herkunft. Wenn einem unehelich geborenen Kind Nachteile entstehen - und das gibt es auch heute, weil jahrhundertalte Vorurteile immer noch wirksam sind - dann hat der Gesetzgeber die Pflicht, dafür zu sorgen, daß auch in diesem Falle die Gleichheit vor dem Gesetz gewährleistet wird.

Jede Verzögerung bei der Erfüllung dieses Grundgesetzauftrages macht das Übel der Ungleichheit vor dem Gesetz größer und vermindert die Glaubwürdigkeit unserer staatlichen Rechtsordnung.

"Entwicklungsmöglichkeiten nicht ausgenutzt" (II und Schluß)

"Zunehmende Vergreisung der Bevölkerung"

Von Klaus Rusticus, Hannover

Die jetzt freigegebenen Untersuchungen der bevölkerungspolitischen Entwicklung der "Arbeitsgemeinschaft Südostniedersachsen" in einer ca. 5 000 Quadratkilometer großen und in 66 "Lebensbereichen" aufgegliederten Zonenrandregion erlangt 1967 aktuelle Bedeutung, weil sich die wirtschaftlichen Verhältnisse seitdem nicht gebessert haben. Analysiert wurde der Zeitraum von 1961 bis 1965. Damals regierte in Bonn noch keine Große Koalition.

Ausbau kultureller und öffentlicher Einrichtungen

Der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen und stellvertretende SPD-Vorsitzende, Herbert Wehner, traf den "Nagel auf den Kopf", als er erklärte:

- * "Eine Belebung der Absatzmöglichkeiten der Zonenrandunternehmen
- * durch eine Verstärkung des innerdeutschen Handels- bei günstigeren
- * Verkehrsbedingungen gegenüber der Industrie im Westen der Bundesre-
- * publik - muß auch indirekt dem Nachholbedarf des Zonenrandraumes
- * beim Ausbau der kulturellen und öffentlichen Einrichtungen zugute
- * kommen."

Denn zu den unterschiedlichen Gründen, die zu Abwanderungen aus dem Zonenrandgebiet führten, gehören nach den Erkenntnissen der "Arbeitsgemeinschaft Südostniedersachsen" auch "nicht ausreichende Versorgungseinrichtungen und fehlende kulturelle Einrichtungen". Weitere -hervorstechende - Motive sind "das niedrige Lohnniveau und ein wenig gegliedertes Berufsangebot für die junge Bevölkerung". Mit Ausnahme einiger weniger Entwicklungszonen, wie z.B. Wolfsburg/Gifhorn oder Salzgitter/Wolfsbittel, treffen solche Gründe fast ausnahmslos für alle anderen Bereiche im südöstlichen Niedersachsen zu.

Konsequenzen der negativen Bevölkerungsbilanzen

"Für die betreffenden Einzugsbereiche," so lautet eine Konsequenz der Arbeitsgemeinschaft, "ergibt sich ein Wandel im Altersaufbau, der sich zu Ungunsten der arbeitenden Bevölkerungsteile auswirkt."

Weitere Folgerungen können hier nur skizziert werden:

- * Die sozialwirtschaftliche Belastung der Bevölkerungsschichten zwischen dem 15. und 65. Lebensjahr nimmt zu.
- * "Mittelbar" wird diese Entwicklung in Zukunft zu weiter abnehmenden
- * Geburtenraten führen; damit wächst die Vergreisung der Bevölkerung!"
- * (wörtlich übernommen)
- * Die Einflüsse entfernter Arbeitsmärkte machen sich insofern deutlich
- * bemerkbar, daß qualifizierte Arbeitskräfte verstärkt abwandern. Das trifft z.B. für Braunschweig (ca. 250 000 Einwohner) zu.

Eine Verschlechterung der Leistungskraft und der Lebensbedingungen

war besonders in Bereichen von etwa 10 Kilometern entlang der Demarkationslinie zu beobachten.

Diese bedürfen nach Auffassung der Gutachter besonders "strukturverbessernder Maßnahmen, um sie im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich so zu stärken, daß der dort lebenden Bevölkerung Lebensbedingungen geboten werden, die dem Durchschnitt der Bundesrepublik besser entsprechen". Diese Zielsetzung findet schließlich im Bundesraumordnungsgesetz ihre Bestätigung. Darin heißt es u.a. in § 2:

- * "Die Leistungskraft des Zonenrandgebietes ist bevorzugt mit dem
- * Ziel zu stärken, daß in allen seinen Teilen Lebens- und Arbeits-
- * bedingungen, sowie eine Wirtschafts- und Sozialstruktur geschaf-
- * fen werden, die denen im gesamten Bundesgebiet mindestens gleich-
- * wertig sind."

Lebensbedingungen für die Zukunft schaffen

Nur wenn aussichtsreiche wirtschaftliche Potenzen optimal mit der vorhandenen menschlichen Arbeitskraft kombiniert werden, wird man in der Lage sein, Abwanderungstendenzen in Zonenrandregionen zu bremsen und für den natürlichen Bevölkerungszuwachs neue Lebensbedingungen zu schaffen. Das setzt aber auch ein Umdenken der Menschen entlang der Zonengrenze voraus.

Sie können zunächst nicht erwarten, daß alle Symptome, die aus der "gießkannenähnlichen Zonenrandhilfe" früherer Jahre resultieren, nunmehr von heute auf morgen durch die Große Koalition oder den gegenwärtigen Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen ausgeremert werden. Sie sollten vor allem nicht mehr erwarten, daß mit Bonner Hilfe Unternehmen im Zonenrand "über Wasser gehalten werden", nur weil vielleicht die Zuckerfabrik in einem kleinen Städtchen die Haupterwerbsbasis ist, demgegenüber aber das Unternehmen in Hinblick auf die grundlegende Strukturveränderung der Zuckerwirtschaft längst als überfällig betrachtet werden müßte.

Die Zonenrandhilfe muß gezielt eingesetzt werden. Diesen Standpunkt nahm Minister Wehner schon früher ein. Er fand sich darin durch Erklärungen des DGB bestätigt. Auch die Arbeitsgemeinschaft der Zonenrandkammern ist der Auffassung, daß Zonenrandgelder so überlegt und konzentriert wie nur möglich eingesetzt werden müssen, um den erforderlichen höchsten Wirkungsgrad zu erzielen.

Atomkraftwerke in der Bundesrepublik

Neue Anlagen im Norden

K1-Kiel

Die elektrische Energie-Erzeugung auf atomarer Grundlage kommt in diesem Jahr im Bundesgebiet einen wichtigen Schritt voran. In Stade an der Unterelbe wird die Firma Siemens und in Würgassen/Weser die AEG je ein Atomkraftwerk mit einer Leistung von 600 Megawatt zu bauen beginnen. Der Strom dieser Atomkraftwerke wird schon etwas billiger sein als jener, der auf konventioneller Brennstoffbasis erzeugt wurde. Zwar sind schon in Grundremmingen/Donau, Obrigheim/Neckar und Lingen/Ems drei größere Kernkraftwerke in Bau oder in Betrieb. Aber ihre Leistung liegt unter 300 Megawatt. Bei diesen Dimensionen können Atomkraftwerke noch nicht mit Steinkohle oder Ölkraftwerken konkurrieren. Die Grenze scheint sich bei 300 Megawatt einzupendeln. Das für Kiel projektierte Großkraftwerk von 300 Megawatt auf Steinkohlebasis dürfte ein Grenzfall sein.

Die neue Anlage in Würgassen und die in Stade sollen mit Leichtwasser-Reaktoren betrieben werden. Schwach angereichertes Uran wird der Brennstoff sein. Das von Siemens bei Stade zu bauende Kraftwerk bekommt einen Druckwasser-Reaktor, aufgrund der Erfahrungen, die man mit dem Forschungsreaktor in Karlsruhe und beim Bau des Atomkraftwerks in Obrigheim gewann. In Würgassen hingegen wird man einen Siedewasser-Reaktor verwenden, bei dem der Sattdampf direkt an die Turbine abgegeben werden kann.

Der Zuwachs der installierten Leistung durch die beiden Atomkraftwerke in Höhe von 1,2 Millionen Megawatt bedeutet beispielsweise, daß der gegenwärtige Bedarf der Bundesländer Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein gedeckt werden kann. Die Entscheidung, die Kraftwerke zu bauen, heißt gleichzeitig: die Industrien im nordwestdeutschen Küstenraum von Emden bis Flensburg bekommen bald billigeren Kraftstrom.

Allmählich zeichnet sich in der Kraftstromindustrie der Bundesrepublik eine logische Entwicklung ab. Wenn die Bundesrepublik auch gemessen an den anderen großen Industriestaaten ziemlich hinterher hinkt, so wird doch erkennbar, daß die vom Staat forcierten Versuchsreaktoren große Vorleistungen für die kommerzielle und gemeinwirtschaftliche Stromerzeugung geleistet haben. Die Tatsache, daß die große Koalition in Bonn nicht daran denkt, am Wissenschaftsetat zu sparen und gerade im Atomsektor draufzulegen, berechtigt zu Hoffnungen.

In diesem Jahr wird das dritte deutsche Atomprogramm anlaufen. Im Sektor der Atomenergie kommt es darauf an, zu noch billigeren Stromerzeugern zu kommen. Im Zentrum der weiteren Forschung und ersten praktischen Anwendung dürften die sogenannten schnellen Brüter stehen.

Zigeuner in der Tschechoslowakei

Prag macht sich Sorgen über "unbewältigte Vergangenheit"

Von Igor Valentin, Prag

Die Feststellung, daß die Zigeunerfrage ein "Stück unbewältigter Vergangenheit" in der Tschechoslowakei sei, machte die Prager "Volkszeitung", die bei dieser Gelegenheit hervorhob, daß der Prozeß der Eingliederung der Zigeuner in das normale Leben weder durch die bisherige Betreuung allein, noch binnen weniger Jahre zu Ende geführt werden könnte. Die Behauptung, die Zigeuner hätten sich "mit wenigen Ausnahmen" schon in das normale Leben eingereiht, sei leider übertrieben.

Daß die Zigeunerfrage in der Tschechoslowakei nicht einfach zu lösen ist, ergibt sich schon aus der Zahl der tschechoslowakischen Zigeuner: von 215.000 Zigeunern in der CSSR leben allein 163.000 in der Slowakei, wo sie schon immer konzentriert waren. In der Slowakei gibt es auch weiterhin ganze Zigeunerdörfer und eigene Zigeunerviertel oder Zigeunerstraßen in größeren Gemeinden und in einer ganzen Reihe von Städten. Nach dem Kriege hat man den Versuch unternommen, Zigeuner in größeren Gruppen nach Böhmen und Mähren anzusiedeln und sie auch in Gebieten sesshaft zu machen, aus denen die Sudetendeutschen ausgesiedelt wurden. Über das Ergebnis dieser Versuche, insbesondere in West- und Nordböhmen, sind auch heute noch die Meinungen sehr geteilt, zumal es damals für die Umsiedelten an Arbeitsplätzen fehlte und sie in den strengen Nachkriegswintern zumeist sich selbst überlassen blieben. Auch damals bildeten sie eigene Zigeunerviertel wie in Eger, Karlsbad und Bräx, von denen Reste inzwischen wirklich sesshaft gewordenen und "in das Leben eingegliederten" Zigeuner übrig geblieben sind.

Die meisten Erwachsenen der rund 52.000 heute in Böhmen und Mähren lebenden Zigeuner gehen einer regelmäßigen Beschäftigung nach. Von der Gesamtzahl der im produktiven Alter stehenden 101.000 Zigeuner kann man das nicht behaupten, denn die Zahl der in einem regelmäßigen Arbeitsverhältnis stehenden Zigeuner wird von der "Volkszeitung" für das gesamte Staatsgebiet mit 58.000 angegeben. Von den 43.000 Beschäftigungs-

losen sind rund 80 Prozent oder 34.400 Frauen und 10 Prozent oder 4.300 Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren. Die Männer sind im großen und ganzen arbeitswillig und passen sich an, die Frauen nicht.

Bei den Frauen muß, soweit sie im produktiven Alter stehen, vor allem in Betracht gezogen werden, daß die Zigeunerfamilien sehr kinderreich sind und daß die Frauen den Mittelpunkt der Familien bilden, zugleich aber auch den "Einmannbetrieb" zur Versorgung und Betreuung der ganzen Familie darstellen. Darüber hinaus wird heute zugegeben, daß es nicht genug weibliche Arbeitsplätze für vollkommen unqualifizierte und zumeist auch des Lesens und Schreibens unkundige Arbeitskräfte gibt. Man weiß einfach nicht, wo man diese Zigeunerinnen einsetzen könnte, selbst wenn sie arbeiten wollten. Das Problem der mangelnden Schulbildung erschwert auch sonst selbst eine schrittweise Lösung der Zigeunerfrage, denn 37 Prozent der schulpflichtigen Zigeunerkinde r besuchen die Schule überhaupt nicht oder nur sehr unregelmäßig, trotz der allgemeinen Schulpflicht. Mit eigenen Zigeunerschulklassen in einigen Gebieten Böhmens hat man in den letzten Jahren schlechte Erfahrungen gemacht. Kein Wunder, daß heute 40 Prozent der jugendlichen Zigeuner zwischen 15 und 18 Jahren ohne Beschäftigung sind.

Wie man die Zigeuner aus ihren eigenen Gemeinden, Zigeunervierteln und Zigeunerstraßen allmählich lösen, sie umsiedeln und einen Teil von ihnen nach Böhmen und Mähren transferieren soll, ist offensichtlich schwieriger, als es sich die Wortführer eines rascher Assimilierungsprozesses in den ersten Jahren der Volksdemokratie vorgestellt haben. Dazu kommt das Mißtrauen der anderen Staatsbürger gegen umgesiedelte Zigeuner, die laut "Volkszeitung" "nicht wissen, daß Zigeunerfamilien nur dann umgesiedelt werden, wenn sie willig sind, ein normales Leben zu beginnen und die Voraussetzungen dazu haben." Die neuen Nachbarn müßten sich ein wenig um sie (die Zigeuner) kümmern. Doch bei den Zigeunern selbst muß offenbar nach dem Rechten gesehen werden: "Nicht zuletzt aber müssen die Gesetze unseres Staates den Zigeunern gegenüber ebenso streng und ausnahmslos gehandhabt werden, wie bei allen übrigen Bürgern. Falsches Mitleid würde den Prozeß der Assimilierung nur behindern".